

06.2023

geroDOSSIER

WAHLEN IN LUXEMBURG SENIOR*INNEN IM FOKUS

LES ÉLECTIONS AU LUXEMBOURG **FOCUS SUR LES SENIORS**

FR *Version française sur demande et en ligne*

2023 steht Luxemburg ganz unter dem Zeichen eines Super-Wahljahrs. Neben den Gemeindewahlen am 11. Juni finden am 8. Oktober auch die Parlamentswahlen statt. In diesem Dossier befassen wir uns daher mit der Frage, wie unser demokratisches System funktioniert und worin seine Besonderheiten liegen.

Außerdem wurden Luxemburger Parteien um eine Stellungnahme gebeten, wie eine moderne Seniorenpolitik gestaltet sein könnte und wo die jeweiligen Schwerpunkte gesetzt werden sollten. Eine Umfrage unter den GERO-Leser*innen ergab ebenfalls einige interessante Hinweise.

Das Dossier wurde von Nadia Bemtgen und Vibeke Walter erstellt.



Demokratie lebt von Beteiligung

Das Zentrum für politische Bildung (ZpB) wurde 2016 ins Leben gerufen und ist seither auf vielerlei Ebenen tätig, um die politische Landschaft Luxemburgs, aber auch die Funktionsweise und Bedeutung demokratischer Prozesse einer breiten Öffentlichkeit besser verständlich zu machen.



Foto © ZpB

Wie lässt sich Demokratie in einfachen Worten erklären?

Marc Schoentgen: Demokratie heißt aus dem Griechischen übersetzt: „Herrschaft des Volkes“. Sie beschreibt zunächst einmal eine Form des Zusammenlebens bzw. ein System, wie sich ein Land auf politischer Ebene organisiert. Gleichzeitig definiert sie die Art und Weise, wie es innerhalb einer Gesellschaft zu Entscheidungsfindungen kommt. Demokratie ist eine Regierungsform, bei der nicht eine Person oder Gruppe allein und von unbegrenzter Dauer entscheidet, sondern Wahlberechtigte ihre Vertreter jeweils für eine zeitlich begrenzte Periode bestimmen. Diese vom Volk gewählten Repräsentanten unterliegen Kontrollorganen wie z. B. einer funktionierenden Justiz sowie bestimmten Verhaltensregeln, an die sie sich halten müssen. Tun sie das nicht, haben sie mit entsprechenden Konsequenzen zu rechnen und verlieren im Zweifelsfall ihr politisches Mandat.

Ist es nicht auch ein Privileg, in einer Demokratie zu leben? Oder anders ausgedrückt: Ist sie für uns manchmal zu selbstverständlich?

M. S.: Für uns im Westen von Europa ist Demokratie sicher eine Art Selbstverständlichkeit, nicht zuletzt deshalb, weil sie hier bereits recht lange gut funktioniert. In vielen anderen Teilen der Welt ist das jedoch nicht der Fall. Und auch in Europa gibt es Länder wie Russland, Ungarn oder die Türkei, in denen Demokratien schwach oder in Gefahr sind, u.a. weil die Unabhängigkeit der Justiz oder die Pressefreiheit dort nicht

Vibeke Walter sprach mit dem Historiker Marc Schoentgen, seit der Gründung Direktor des ZpB, über die Wichtigkeit von Wahlen und warum sich demokratische Beteiligung nicht darauf reduzieren sollte.

gegeben sind oder in Frage gestellt werden. Diese beiden Faktoren sind ebenfalls elementare Kennzeichen einer gut funktionierenden Demokratie.

Wie demokratisch ist das Luxemburger Wahlsystem, z. B. mit seinen vier Wahlbezirken und je nach Bevölkerungsdichte entsprechend unterschiedlichen Stimmen- und Sitzgewichtungen?

M. S.: Das Luxemburger Wahlmodell ist demokratisch, das heißt aber nicht, dass es nicht veränderbar wäre. Es gibt sicherlich Dinge, die man in Frage stellen könnte, wie z. B. das Wahlalter, das seit den 70er Jahren bei 18 Jahren liegt. Man kann darüber diskutieren, ob dessen Herabsetzung auf 16 Jahre eventuell zu der Demokratisierung eines Landes beitragen kann. Ebenso lässt sich hinterfragen, ob die gesetzliche Festlegung der Anzahl an Wahlbezirken und der entsprechenden Verteilung der Abgeordneten noch die aktuelle demographische Realität widerspiegelt. Genau dies zeichnet eine lebendige Demokratie aus: Sie kann sich verändern oder auch modernisieren und ist eben nicht statisch und unveränderbar. Allein in den letzten hundert Jahren ist vieles passiert: 1919 wurde z. B. das allgemeine Wahlrecht für Frauen und Männer eingeführt, 1972 wurde im Zuge gesellschaftlicher Reformen die Senkung des

aktiven Wahlalters von 21 auf 18 angenommen. Dies alles waren große Etappen, um das Land bzw. die Demokratie weiterzuentwickeln. Dazu gehören auch die 2015 beschlossene Einführung eines allgemeinen Ausländerwahlrechts auf kommunaler und europäischer Ebene oder die Reform, in deren Rahmen die momentane Verfassung modernisiert wurde und die am 1. Juli 2023 in Kraft treten wird.

Warum gibt es in Luxemburg eine Wahlpflicht und warum ist sie jenseits von 75 Jahren nicht mehr bindend?

M. S.: Luxemburg hat sich in dieser, aber auch anderen konstitutionellen Fragen an Belgien orientiert, wo ebenfalls eine Wahlpflicht besteht. Diese kann unter Umständen dazu beitragen, dass die Wahlbeteiligung insgesamt hoch genug bleibt, um repräsentative Ergebnisse zu erzielen. Ob sie aus diesem Grund noch nicht abgeschafft wurde, ist jedoch reine Vermutung. Das Wahlrecht behält man im Übrigen zeitlebens, auch wenn man älter als 75 Jahre ist. Vielleicht wollte man ältere Menschen von der Wahlpflicht befreien, indem eventuelle Einschränkungen z. B. in Hinblick auf Mobilität berücksichtigt werden. Die inzwischen vereinfachte, mögliche Teilnahme per Briefwahl ist in dieser Hinsicht eine gute Alternative. Man kann sie über guichet.lu oder aber auch direkt bei der jeweiligen Gemeinde ohne weitere Begründung beantragen. Auch dies trägt einer gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung, in der die Bürger*innen entweder altersbedingt nicht mehr mobil genug oder aber im Gegenteil zu mobil sind, um persönlich zum Zeitpunkt der Wahlen tatsächlich vor Ort zu sein.

Wenn man Gemeinde- gegenüber Nationalwahlen betrachtet: Wer entscheidet eigentlich was?

M. S.: Die Gemeinden sind prinzipiell für alle Themen zuständig, die sich auf lokaler Ebene abspielen und insbesondere das dortige, konkrete Alltagsleben der Bürger*innen betreffen. Dazu gehören z. B. Unterhalt von kommunalen Gebäuden und Straßen sowie Primärschulen, die Organisation der Wasser- und Stromversorgung, der Abfallentsorgung oder auch Bebauungspläne. Eine Besonderheit der Gemeindewahlen besteht darin, dass es je nach Höhe der Einwohnerzahl entweder ein Majorz- oder ein Proporzwahlrecht gibt. Letzteres, auch Verhältniswahlrecht genannt, bezieht sich auf größere Gemeinden mit über 3000 Einwohner*innen, wo anhand von Wahllisten der einzelnen Parteien abgestimmt wird. Hier gibt es auch Bürgerlisten, die unabhängig von Parteien sein können. Beim Majorz- oder Mehrheitswahlssystem treten dagegen einzelne Kandidat*innen an. Die bei den Nationalwah-

len bestimmte Abgeordnetenkommission entscheidet die nationale, übergeordnete Politik, u.a. im Hinblick auf Wirtschaft, Soziales, Gesundheit oder Bildung.

Warum ist es wichtig, in jedem und auch fortgeschrittenem Alter wählen zu gehen?

M. S.: Es geht bei Wahlen nicht nur um die Mitgestaltung der eigenen Zukunft, sondern auch um die der Kinder, Enkel und Urenkel. Hier wird bestimmt, in welche politische Richtung es künftig auf kommunaler, nationaler oder europäischer Ebene geht und welche Entscheidungen getroffen werden. Dabei zählen jede Meinung und Stimme, unabhängig vom Alter. Eine Demokratie lebt davon, dass sich möglichst viele Menschen beteiligen, schließlich ist jeder und jede von politischen Entscheidungen betroffen. Unser aller Leben wird davon bestimmt, auch wenn die verschiedenen Themen je nach Alter bzw. persönlicher Situation eine andere Gewichtung bekommen können.

Dem ZpB ist es auch wichtig zu vermitteln, dass sich politische Beteiligung nicht auf Wahlen reduziert, sie findet vielmehr permanent und besonders zwischen den Wahljahren statt. Engagement kann in Parteien, aber auch in Vereinen, Gemeindekommissionen, Bürgerforen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen stattfinden. Man kann vom Petitionsrecht Gebrauch machen, an verschiedenen, öffentlichen Orten mitdiskutieren und seine Stimme erheben. Demokratie besteht nicht nur in freien Wahlen, sondern in der Vielfalt sich einzubringen, mitzubestimmen und Einfluss zu nehmen. Dieser Pluralismus ist sehr wichtig, genau wie eine Streit- und Diskussionskultur sowie der Austausch von Ideen über die Zukunft, um ein Land gemeinsam in Sinne der Bevölkerung zu gestalten.

Zentrum für politische Bildung

Das ZpB verfolgt das Ziel, bürgerschaftliches Engagement zu fördern und trägt mit seiner Arbeit zu einem besseren Verständnis von Politik und Demokratie sowie den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen bei. Es arbeitet in Form einer von partei- und weltanschaulich gebundenen Organisationen unabhängigen Stiftung unter dem Motto **Demokratie léieren a liewen.**

Weitere Infos gibt es auf: www.zpb.lu

→ www.zpb.lu/superwaljoren/

→ www.zpb.lu/gemengewalen-grand-public/

Was sind die Schwerpunkte?

Gerade weil in diesem Jahr hierzulande sowohl Gemeinde- als auch Nationalwahlen anstehen, hat GERO zehn Parteien des Landes befragt, welche Schwerpunkte sie in Bezug auf die Seniorenpolitik in den kommenden fünf Jahren setzen möchten. Acht von ihnen haben geantwortet.

Als GERO freut es uns sehr, dass den politischen Vertretern die Seniorenpolitik wichtig zu sein scheint, oder dass unsere Anfrage sie in dieser Hinsicht zumindest sensibilisiert hat.

In diesem Zusammenhang hat GERO in der letzten Ausgabe des Magazins geroAKTIV auch seine Leser*innen befragt, welche Themen ihnen am wichtigsten sind und welche Aspekte die Parteien in Bezug auf Senior*innen des Weiteren behandeln sollten. Eine nicht repräsentative Umfrage ergab, dass die Anliegen älterer Menschen am stärksten um Mobilität, Rente und Steuern sowie Pflege und Unterstützung kreisen. Als ebenfalls sehr wichtig wurden Respekt gegenüber älteren Menschen und ihre fortwährende Integration in die Gesellschaft bzw. ins öffentliche Leben erwähnt. Fazit: Es bedarf mehr Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Alter.

Darüber hinaus sollten, laut der Teilnehmer*innen, noch weitere Themen von den Parteien behandelt werden: finanzielle (z. B. steigende Lebenshaltungskosten, Indexierung, Inflation, Steuersystem, Erbschaft), gesundheitliche (z. B. Sexualität, Ernährung, Fitness) und pädagogische (z. B. die demographische Entwicklung und die daraus resultierenden Konsequenzen stärker in den Lehrplan einzubeziehen) sowie gesellschaftliche (einfache Wahlprogramme erstellen, Umgang mit der zu schnell fortschreitenden Digitalisierung usw.)



Illustration © binsfeld

Für unentschlossene Wähler*innen könnte die Plattform smartwielen.lu eine interessante Hilfe sein.

Sie wird Anfang September, also einen Monat vor den nächsten Nationalwahlen am 8. Oktober, online verfügbar sein.

Anhand verschiedener Fragen kann man hier herausfinden, wie man politisch tickt bzw. wie nah man einzelnen Parteien oder Kandidat*innen steht. Dabei ergeben sich mitunter spannende Aha-Effekte, weil man sich mit bestimmten Themen einmal ganz anders auseinandersetzen kann.

www.smartwielen.lu



Senioren gehören für die Volkspartei CSV in die Mitte der Gesellschaft. Wir werden uns deshalb für mehr Partizipation für ältere Menschen einsetzen. Die gesellschaftliche Partizipation darf mit zunehmendem Alter nicht abnehmen. Im Gegenteil. Gleichzeitig ist die Selbstbestimmung älterer Menschen ein Kernprinzip unserer Seniorenpolitik.

Wenn wir heute von Senioren sprechen, so reden wir von bis zu vier Jahrzehnten. Oftmals bei guter Gesundheit. Eine tolle Sache. Wir wollen unsere Senioren mit ihrer einzigartigen Lebenserfahrung besser in die Gesellschaft einbinden. Etwa mit einer gezielten Förderung des Benevolats von älteren Menschen.

Angesichts des Bevölkerungszuwachses benötigen wir mehr Infrastrukturen für Senioren. Wir werden uns dafür einsetzen, diese zeitnah zu bauen. Unsere Infrastrukturen wollen wir zudem seniorengerechter gestalten. Gleiches gilt für die Digitalisierung, die allen zugänglich sein muss. Gleichwohl muss immer auch ein analoger Weg möglich bleiben.

Wir werden ferner das Mobilitätsangebot für Senioren verbessern. Ein weiterer Schwerpunkt wird der Wohnungsbau sein. Wir werden hier verstärkt auf altersgerechten und erschwinglichen Wohnraum setzen. Und auch den Zugang zu Weiterbildung und Kultur wollen wir für unsere älteren Mitbürger erleichtern.

In der Gesundheitspolitik werden wir gezielt auf Vorsorge auch im Alter setzen. Die Rückerstattung wollen wir entsprechend anpassen. Wichtig ist auch eine humane Pflegepolitik. Mit angepassten Leistungen, mehr Personal und objektiver Qualitätskontrolle. Gleichzeitig wollen wir verstärkt gegen Altersdiskriminierung und gegen Gewalt gegen ältere Menschen vorgehen.

Partizipation braucht schließlich auch finanzielle Mittel. Eine solide und sichere Altersabsicherung ist deshalb eine weitere CSV-Priorität. Altersarmut ist keine Option. Auch bei der steuerlichen Entlastung werden wir unsere Senioren nicht vergessen. Unser heutiger Wohlstand wäre ohne sie undenkbar.

Kurzum: ein zukunftsfähiges Luxemburg geht nur gemeinsam. Mit Jung und Alt. Mit einer anderen Politik. Mit unseren Senioren.



Als Partei stehen wir für eine integrative Senior.innen-Politik, welche ressortübergreifend gedacht und gemeinsam mit den Senior.innen gestaltet wird. Wir setzen uns für eine gute Lebensqualität und mentale Gesundheit von Senior.innen ein, indem der soziale Kontakt, der Generationendialog sowie die Möglichkeit zur selbstständigen und freien Lebensgestaltung verstärkt gefördert werden.

Orte der Begegnungen wie Mehrgenerationenhäuser und Senior.innen-Wohngemeinschaften sollen dazu beitragen, die Prävention und Reduktion von Alterseinsamkeit zu fördern. „Design for all“ Konzepte mit seniorengerechten Mietwohnungen und dem dazugehörigen Beratungsangebot sollen Senior.innen ein sicheres komfortables Zuhause bieten, in dem sie trotz altersbedingter Einschränkungen unabhängig leben können. Projekte, die der Vereinsamung im Alter entgegenwirken, sowie der intergenerationelle und interkulturelle Austausch sind wichtige Zielsetzungen, welche die Qualität des Zusammenlebens steigern.

Das kulturelle Angebot sowie Sportaktivitäten sollen erweitert werden, um eine abwechslungsreiche Freizeitgestaltung zu ermöglichen, bei der soziale Kontakte geknüpft werden können und die körperliche und geistige Gesundheit gefördert wird. Auch das Konzept vom betreuten Urlaub soll gefördert werden, um pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen die Möglichkeit zu geben, Urlaub zu machen. Auf Ebene der Betreuungsstrukturen muss für mehr Transparenz (z. B. Finanzierungsmöglichkeiten, Zusatzkosten) gesorgt werden und eine neutrale Beratungsstelle soll Senior.innen informieren und bei ihren Entscheidungen begleiten.

Das Ehrenamt und die Weiterbildung der Senior.innen sollen durch ein vielfältigeres Angebot verstärkt gefördert werden und Senior.innen, die den Wunsch nach Berufstätigkeit haben, sollten bei der Jobsuche unterstützt werden.

Wichtig ist auch die Förderung des Konzepts der Seniorensicherheitsberater.innen und der Präventionsarbeit, um Senior.innen z. B. vor Betrugsnetzen zu schützen.

déi Lénk

déi Lénk stehen für den Aufbau einer solidarischen Gesellschaft, die ältere Mitmenschen als vollwertige Bürger anerkennt. Ältere Menschen müssen selbstbestimmt am sozialen Leben teilhaben und über sie betreffende Dienste mitentscheiden können.

Die Bekämpfung der Armut ist für déi Lénk dabei von oberster Dringlichkeit. Die Altersarmut liegt in Luxemburg derzeit bei 9,5% und die Zahl der unter Armut leidenden älteren Mitmenschen steigt seit Jahren schnell, besonders bei alleinstehenden Frauen, die keine vollständige Rente beziehen. déi Lénk wollen das ändern, indem die gesetzliche Mindestrente für alle Rentenbezieher und -bezieherinnen auf das Niveau des Mindestlohns angehoben wird.

Um den Wert der Renten gegenüber Löhnen und Gehältern abzusichern, wollen déi Lénk die automatische Anpassung der Renten an die Lohn- und Gehälterentwicklung sowie die Auszahlung der Jahresendprämie gewährleisten.

Darüber hinaus müssen unsere älteren Mitmenschen selbstbestimmt entscheiden können, wie und wo sie leben möchten. Dem Erhalt ihrer Lebensqualität und Autonomie messen wir deswegen eine große Bedeutung bei. Die Schaffung von Wohnangeboten mit flexiblen Betreuungsmöglichkeiten und intergenerativem Zusammensein wollen wir dabei genauso vorantreiben wie die Förderung sozialer Initiativen (z. B. Nachbarschaftshilfen) oder Gemeindedienste, die es älteren Menschen ermöglicht, so lange wie möglich autonom in ihrer Wohnung oder ihrem Haus leben zu können.

Ältere Menschen, die in ein Altersheim umziehen, müssen dort ein qualitativ hochwertiges und bezahlbares Angebot vorfinden. déi Lénk stehen für die Schaffung öffentlicher, kommunaler oder genossenschaftlicher Seniorenheime mit familiärem Charakter und guten Arbeitsbedingungen für das Personal. Wir setzen uns ein gegen die Privatisierung der Alters- und Pflegeheime, die oft mit Verschlechterungen bei der Betreuung einhergehen. Die Preise der Altersheime wollen wir sozial gestalten, z. B. indem der Preis für Unterkunft und Betreuung aufgrund des verfügbaren Einkommens der Person festgelegt wird. Wir wollen verhindern, dass der FNS bei steigenden Preisen einspringen muss und die Familienangehörigen für die Rückzahlung an den FNS zur Kasse gebeten werden.



Für die DP steht das „active ageing“ im Vordergrund. Lebensqualität und Wohlbefinden dürfen ihren Stellenwert im Leben der Menschen auch im Alter nicht verlieren.

Der Übergang vom Berufsleben in den Ruhestand ist eine Zäsur im Leben vieler Menschen. Die DP wird die aktive Begleitung der Menschen in diesem entscheidenden Lebensabschnitt stärker fördern, indem sie u.a. das Angebot der „Pensionscoaches“ ausbaut. Angehende Rentner werden von Rentnern bei der Vorbereitung in den neuen Lebensabschnitt unterstützt und begleitet, indem ihnen neue Perspektiven aufgezeigt werden.

Die DP sieht das Ehrenamt als eine unverzichtbare Säule für das gesellschaftliche Zusammenleben. Im Ehrenamt engagiert, ermöglicht es dem älteren Menschen, auch nach Pensionsantritt weiterhin aktiv zu bleiben und gleichzeitig der Gesellschaft einen Dienst zu erweisen. Auf diesem Weg können ältere Menschen andere Menschen unterstützen und der sozialen Isolation kann so entgegengesteuert werden.

Das Ehrenamt im Dienst der älteren Menschen fördert den Austausch zwischen Generationen und kann in verschiedenen Bereichen dem Mangel an Fachkräften entgegenwirken. Im Pflegebereich beispielsweise können ehrenamtliche Helfer ältere Menschen bei Spaziergängen, Besuchen kultureller Veranstaltungen oder kurzen Ausflügen begleiten.

Besonders im Bereich der Digitalisierung ist die Förderung des lebenslangen Lernens (*lifelong-learning*) bis ins hohe Alter wichtig. Wir müssen ältere Menschen für den Umgang mit neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sensibilisieren und schulen, damit sie weiterhin am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Es gilt aber auch, über besondere Vorsichtsmaßnahmen und die allgemeinen Verhaltensregeln beim Surfen im Internet aufzuklären.

Die Gemeinden und die für die Senioren zuständigen Kommissionen spielen bei der Gestaltung der Seniorenpolitik eine entscheidende Rolle. Generationenübergreifende und seniorenfreundliche Projekte müssen dort umgesetzt werden, wo die Menschen leben.

FOKUS.

FOKUS liegt Teilnahme am Herzen. Für Senioren ist besonders wichtig, dass es keinen Bereich des gesellschaftlichen Lebens gibt, von dem sie sich ausgeschlossen fühlen.

Wir wollen das gemeinschaftliche Leben zusammen mit den Senioren fördern. Dazu gehören beispielsweise Wohnformen, in denen ältere und jüngere Menschen zusammen leben und sich gegenseitig helfen und unterstützen.

Die Betreuung älterer Menschen zuhause soll für jüngere Familienangehörige Grundlage einer steuerlichen Begünstigung sein, ebenso wie das Aufziehen von Kindern.

Wir wollen die aktive Teilnahme aller älteren Menschen an den gesellschaftlichen Prozessen und am gesellschaftlichen Leben. Dazu gehört auch, dass man niemanden mit diesen Prozessen abhängt, weil er oder sie vielleicht nicht mehr an der Speerspitze des technologischen Fortschritts stehen will.

Hilfestellungen für Senioren bei digitalisierten Prozessen müssen genauso gewährleistet sein, wie die optimale Erreichbarkeit von Orten des gesellschaftlichen Lebens, Geschäften oder kulturellen Einrichtungen. Speziell auf Senioren ausgerichtete Fahrdienste spielen hierbei sicher eine Rolle.

Der Erhalt von Bank- und Postfilialen ebenso wie jener der Bargeldzahlung ist für uns selbstverständlich. Senioren müssen gezielte Hilfestellungen beim Umgang mit digitalen Verwaltungsvorgängen zugänglich sein.

Wir wollen, dass ältere Menschen auf ihre Lebensleistung stolz sein können. Das bedeutet, dass wir Altersarmut resolut bekämpfen wollen. Niemand soll nach einem Arbeitsleben in bescheidenem Wohlstand im Alter befürchten müssen, in Armut abzurutschen.

Durch die Schaffung einer bedingungslosen Zusatzsicherung im Alter von 1.000 bis 2.000 Euro ab 65 Jahren wollen wir es allen Menschen ermöglichen, einen Platz in einem Heim beziehen zu können, ohne eine entwürdigende Prozedur im „office social“ über sich ergehen lassen zu müssen. In Kombination mit der Mindestrente bewirkt diese Zulage zum Beispiel, dass ein Platz in einer CIPA-Einrichtung für alle bezahlbar wird.

LSAP

Für die LSAP muss Seniorenpolitik stärker auf die Teilnahme älterer Menschen in der Gesellschaft ausgerichtet sein, mit Schwerpunkt auf die Förderung der Autonomie und eines selbstbestimmten Lebens. Wir wollen deshalb:

- Bessere Bedingungen schaffen für einen schrittweisen Übergang in den Ruhestand;
- Das bereits breitgefächerte Angebot an spezifischen Freizeitangeboten parallel weiter ausbauen und an die Bedürfnisse der älteren Menschen anpassen;
- Mit proaktiven Angeboten und Maßnahmen auf lokaler Ebene, einer Anlaufstelle und geschultem Personal ältere Menschen unterstützen, begleiten und in das Leben der Gemeinde einbinden;
- Durch die Förderung von ehrenamtlichen Tätigkeiten und freiwilligem Engagement den Austausch und das Zusammenleben fördern und gegen die Isolation älterer Menschen vorgehen;
- Neue, lokale oder regionale, Sozial- und Gesundheitsstellen schaffen (Modell der „Community Health Nurse“), um u.a. ältere Menschen vor Ort begleiten;
- Leistungen und Programme anbieten, die den Erhalt und den Wiederaufbau der Autonomie älterer Menschen zu Hause fördern;
- Alternative Wohnmodelle – partizipatives Wohnen, Alters-WGs, betreutes Wohnen oder intergenerationelle Wohnprojekte – durch einen klaren gesetzlichen Rahmen, finanzielle und organisatorische Unterstützung fördern;
- Eine hochwertige Begleitung, Betreuung und Pflege älterer Menschen sicherstellen;
- Flexiblere und übersichtlichere Strukturen, die individueller auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet sind und sie in ihrer Autonomie unterstützen;
- Die Gesetze über Barrierefreiheit zügig und konsequent umsetzen – auch was die sog. „Fracture numérique“ betrifft – um die Teilnahme älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen;
- Eine zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für ältere Menschen einrichten;
- Maßnahmen zur Vorbeugung und Bekämpfung der Altersarmut, u.a. vor dem Hintergrund der Inflation und der Energiekrise.



Wohnen

Es gibt interessante Alternativen zu den klassischen Altersheimen und diese neuen Wohnformen sollen auch erlaubt werden. Des Weiteren müssen Zimmer in Alters- und Pflegeheimen für alle Menschen bezahlbar und alle Zimmer mit einer Toilette und sowie einer Dusche ausgestattet sein.

Mobilität

Wir brauchen ein breitgefächertes und leicht zugängliches Angebot. Das aktuelle System muss besser auf die Bedürfnisse aller Nutzer angepasst werden, zum Beispiel durch flexiblere Fahrzeiten. Die Bushaltestellen müssen so angelegt sein, dass jeder einfach ein- und aussteigen kann.

Digitalisierung

Viele ältere Menschen können nicht oder nur unzureichend mit Computern, Tablets oder Smartphones umgehen. Deswegen müssen landesweit entsprechende Kurse angeboten werden. Gleichzeitig sollen auch Kurse zu anderen Themen angeboten werden, zum Beispiel zur Sicherheit im Internet oder auch der online Partnersuche, denn Liebe und Sex betrifft nicht nur junge Leute. Zudem müssen über Land wichtige Angebote, wie Post- und Bankschalter sowie analoge Möglichkeiten für administrative Verwaltungsangelegenheiten garantiert werden.

Gesundheit

Unser Gesundheitssystem muss eine bessere Präventivmedizin ermöglichen. Der Faktor Zeit muss in der Nomenklatur berücksichtigt werden, damit sich die Ärzte mehr Zeit für die Patienten nehmen können.

Gegen Altersarmut

Die Mindestrenten müssen an die aktuelle Wirtschaftslage angepasst werden, um zu verhindern, dass Menschen, die ihr Leben lang zum Wohlstand des Landes beigetragen haben, in die Armut abrutschen oder auf der Straße landen. Die Witwenrente muss mit der normalen Rente gleichgestellt und nicht reduziert werden, wenn der Partner, der eingezahlt hat, stirbt. Der Partner, der weniger oder nichts eingezahlt hat, soll im Alter nicht dafür bestraft werden. Auch die sogenannte Witwensteuer soll endlich abgeschafft werden. Der Verlust des Partners ist schwer genug und sollte nicht auch noch steuerlich bestraft werden.

Volt

Zum einen wollen wir allgemein die statistisch im Alter hoch ausfallende Einsamkeit und die u.a. damit verbundenen psychischen Probleme und schlechten kognitiven Leistungen bekämpfen.

Dies wollen wir mit einem Programm des lebenslangen Lernens erreichen. So muss der Erwerb digitaler Kompetenzen im Alter weiter gefördert werden, da es älteren Menschen helfen kann, länger im Berufsleben zu bleiben, einen gesunden Lebensstil zu pflegen und das Risiko der sozialen Isolation zu verringern.

Volt schlägt deshalb vor, das Budget von BeeSecure zu erhöhen, um es der Silversurfer-Initiative zukommen zu lassen. Dies wird eine landesweite Strategie ermöglichen, um alle Senior*innen in die Lage zu versetzen, die neuen Technologien sicher zu nutzen und ihnen einen Weg aus der Einsamkeit zu bieten.

Zum anderen wollen wir eine Alternative zu Altersheimen, welche uns zufolge den Erfahrungshorizont älterer Menschen mindern, Depressionen fördern und das Altern beschleunigen. Das Aufgeben von Autonomie und Erinnerungen, sowie ein Mangel an Personal ist ebenfalls zu beanstanden.

Volt fordert deshalb nach niederländischem Vorbild¹ altersgerechtes Wohnen mithilfe von Mehrgenerationen-Siedlungen. Dies sind besondere Wohnprojekte und stellen Kombinationen aus einfachen, autonomen Wohnungen für ältere Menschen, Altenheimen, Sozialwohnungen und Unterstützung für junge Familien dar. In diesen für diesen Zweck errichteten Siedlungen gibt es mehrere Wohnblöcke mit Wohnungen, die speziell auf die Bedürfnisse von Senior*innen, aber auch von Familien zugeschnitten sind. Dies trägt zum Gemeinschaftsgefühl bei und stärkt die geistige Gesundheit der älteren Menschen, während gleichzeitig die jungen Menschen von der Weisheit der Älteren profitieren.

¹ Da gibt es zum Beispiel den Knarrenhof (<https://knarrenhof.nl/>), einen großen Hof mit Wohnmöglichkeiten für ältere und jüngere Menschen zwischen 19 und 109 Jahren. Das Projekt wächst und weitere kleine Siedlungen dieser Art sind geplant.

Der niederländische Staat fördert solches altersgerechtes Wohnen. Die Informationsseite der niederländischen Regierung über Subventionen und staatliche Unterstützung: www.volkshuisvestingnederland.nl/onderwerpen/programma-wonen-en-zorg-voor-ouderen/ondernemen-in-kleinschalige-woonprojecten